



INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR

Frauen – Männer – Räume Geschlechterunterschiede in den regionalen Lebensverhältnissen Berichte, Band 26

Im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs nimmt die Arbeitslosigkeit erfreulicherweise ab. Dennoch besteht nach wie vor ein enormes Gefälle in der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit zwischen Ost- und Westdeutschland. Aber gilt diese Allgemeinaussage gleichermaßen für Männer wie für Frauen? Und bestehen darüber hinaus regionale Differenzen in der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit zwischen Frauen und Männern, wie auf Grund der regionalen Streuung von Arbeitslosigkeit einerseits und der Arbeitsmarktstruktur andererseits vermutet werden kann?

Im Rahmen der Gleichstellungspolitik einerseits und der regionalentwicklungspolitischen Leitidee der Gleichwertigkeit der regionalen Lebensverhältnisse andererseits sind dies berechtigte und wichtige Fragen, die in dieser Form noch nirgends so eindeutig beantwortet wurden. Die umseitige Karte verdeutlicht, dass die im Durchschnitt gemessenen Geschlechterunterschiede sich auf der regionalen Ebene vollkommen anders darstellen können.

So lag 2004 die Arbeitslosenquote der Frauen insgesamt mit rund 11 % leicht unter der der Männer mit rund 12 %. Diese etwas geringere Betroffenheit der Frauen beruht hauptsächlich auf dem Unterschied in Westdeutschland (8,4 % zu 9,8 %), während in Ostdeutschland faktisch kein Unterschied mehr besteht (19,7 % zu 19,6 %) (siehe Karte nachfolgende Seite).

Die beiden Teilkarten mit den je spezifischen Arbeitslosenquoten für Frauen und

für Männer spiegeln diese allgemeine Tendenz wider. Die dritte Teilkarte führt die beiden ersten Teilkarten zusammen, indem sie die Prozentpunktdifferenz der Arbeitslosenquote der Frauen zu der der Männer abbildet.

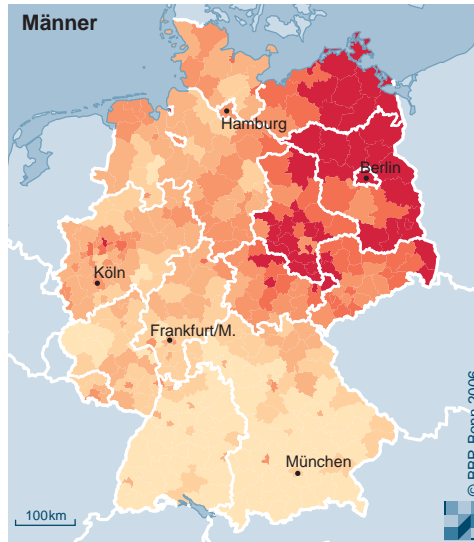
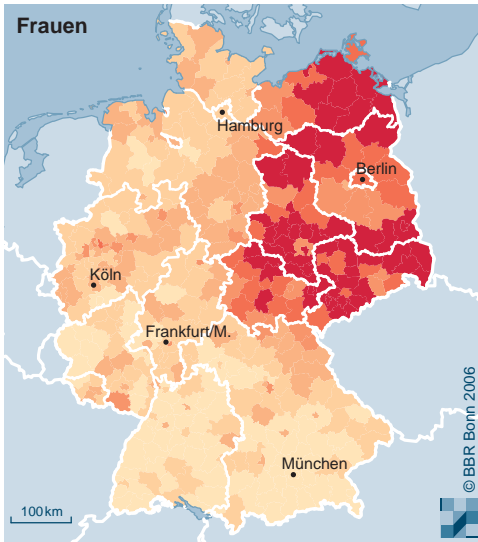
Diese Prozentpunktdifferenz offenbart weitere kleinräumige Unterschiede in der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Unter Berücksichtigung der jeweiligen Standardabweichung der Verteilung können die Regionen nach Art und Höhe der Geschlechterunterschiede klassifiziert werden: In etwa der Hälfte der Kreise Deutschlands sind die Unterschiede in der Arbeitslosenquote zwischen Frauen und Männern gering bzw. vernachlässigbar (grünliche Klasse); in der nördlichen Hälfte Westdeutschlands sind die Männer stärker von Arbeitslosigkeit betroffen (blaue Klasseneinteilung); vor allem in den südlichen Regionen Ostdeutschlands ist die Arbeitslosigkeit unter Frauen höher als unter Männern (orange-rote Klasseneinteilung). Je intensiver die Färbung ist, umso deutlicher unterscheiden sich die Quoten von Männern und Frauen.

Mit Hilfe von Varianzanalysen werden die visualisierten regionalen Geschlechterunterschiede auch auf Signifikanz hinsichtlich alte versus neue Länder und hinsichtlich der Siedlungsstrukturtypen überprüft. Signifikante Wechselwirkungen zwischen dem Merkmal Geschlecht und dem Merkmal Siedlungsstrukturtyp bzw. alte/neue Länder bedeuten, dass Raum und Geschlecht nicht länger unabhängig voneinander betrachtet



Inhalt:

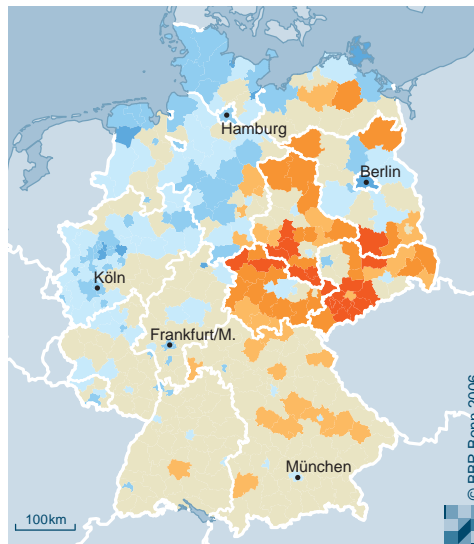
- Frauen - Männer - Räume
- Auf dem Weg zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik
- Ankündigung: Nationaler Kongress zur Städtebauförderung
- Lebenswerte Innenstädte
- Städtebaulicher Denkmalschutz und Tourismusentwicklung
- Stadtbau bleibt eine Daueraufgabe
- Modellvorhaben „Demographischer Wandel ...“
- Die deutsche Ratspräsidentschaft ...
- Europa wächst zusammen ...
- Die demographische Entwicklung in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen auf die öffentliche Hand
- Investitionsprozesse im Wohnungsbestand ...
- EUROPOLIS – Stadterneuerung und gesteuerte Stadtentwicklung
- Grünzug Neckartal
- Neue BBR-Online-Publikationen
- *Neues aus der Forschung*



Weibliche/männliche Arbeitslose je 100 weibliche/männliche abhängige Erwerbspersonen 2004

- bis unter 7
- 7 bis unter 9
- 9 bis unter 12
- 12 bis unter 16
- 16 bis unter 20
- 20 und mehr

	Arbeitslose je 100 abhängige Erwerbspersonen			Variationskoeffizient %
	Mittel	Minimum	Maximum	
Frauen	10,9	4,2	32,4	56,7
Männer	14,3	3,3	32,0	46,1



Differenz des Indikatorwertes der Frauen zu dem der Männer

- Wert der Männer höher
 - extrem
 - weit
 - deutlich
 - leicht
- Frauen und Männer annähernd gleich
 - leicht
 - deutlich
 - weit
 - extrem

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBR Kreisregionen Stand 31.12.2003

Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Fax: 0228 99 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 25,00 Euro (zzgl. Versand)

werden dürfen. Im Beispiel der Arbeitslosenquote bedeuten signifikante Wechselwirkungen zwischen Geschlecht und Siedlungsstrukturtyp z. B., dass Männer vor allem in Kernstädten in höherem Maße arbeitslos sind, während im ländlichen Raum und vor allem im Umland der Kernstädte tendenziell mehr Frauen arbeitslos gemeldet sind. So wie die Arbeitslosenquote wurden rund 50 Indikatoren aus der Laufenden Raumbeobachtung des BBR in den Bereichen Bevölkerungsverteilung, (Aus-)Bildung, Erwerbsleben, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Mobilität und Wohnen systematisch auf die Bedeutung des regionalen Kontextes für Geschlechterdifferenzen untersucht. Zudem wurden weitere geschlechtsspezifisch und regional differenzierte Daten aus der BBR-Umfrage, dem SOEP, dem Mikrozensus und der KONTIV herangezogen.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen liegen jetzt in der Reihe „Berichte“ des BBR unter dem Titel „Frauen – Männer – Räume“ vor. Der Bericht ermöglicht einen breiten Eindruck von den Chancen(un)gleichkeiten in den regionalen Lebensverhältnissen von Frauen und Männern. Denn treten die Merkmale Geschlecht und Raum in Wechselwirkung zueinander, so können die Geschlechterunterschiede prinzipiell nicht mehr unabhängig vom räumlichen Kontext betrachtet werden. Dies ist für rund 80 % aller untersuchten Indikatoren über alle Bereiche hinweg der Fall.

Der Bericht möchte die Raumentwicklungspolitik des Bundes und der Länder nach dem Prinzip „Koordination durch Information“ für das Gender Mainstreaming sensibilisieren. Er enthält eine Fülle von aufschlussreichen Erkenntnissen zu den regionalen Un-



Die Veröffentlichung ist kostenlos und kann bezogen werden bei Gabriele Bohm
E-Mail:
gabriele.bohm
@bbr.bund.de

Auf dem Weg zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Am 2. Juli 2007 ist der öffentlichkeitswirksame Startschuss für die Nationale Stadtentwicklungspolitik gefallen. Mit dem Kongress „Auf dem Weg zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ im e-werk in Berlin-Mitte wurde mit über 800 Teilnehmern der fach-öffentliche Dialogprozess für neue Akzente der Stadtentwicklung in Deutschland begonnen.



Die Nationale Stadtentwicklungspolitik steht in der Tradition erfolgreicher Initiativen zur Neuorientierung im Städtebau und in der Stadtentwicklung. Der Aufruf des Deutschen Städtetages „Rettet unsere Städte jetzt“ leitete zu Beginn der 1970er Jahre einen Prozess grundlegender Kritik an Fehlentwicklungen funktionaler Stadtentwicklung ein. Er bereitete die Erneuerung und den Umbau unserer Städte und so den Erhalt der Funktionsfähigkeit des Stadtorganismus vor. 1975 hat die europäisch getragene Initiative zum „Denkmalschutzjahr“ weit über fachliche Kreise hinaus einen Prozess zu veränderten Haltungen gegenüber dem kulturellen Erbe der Städte und ihrem historischen Baubestand eingeleitet. In der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“, die auf dem informellen EU-Ministertreffen am 24. Mai 2007 verabschiedet wurde, wird gefordert, Stadtentwicklung auf der nationalen Ebene zu verankern.

Aufgrund der gewandelten Perspektive städtischer Zukunft soll bei der Stadtentwicklung eine Neuorientierung stattfinden:

- Stadtentwicklungspolitik muss sich sehr schnell an die vor allem durch wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel bedingte Veränderung von Städten anpassen; sie bedarf einer ständigen Qualifizierung („Gute Praxis“). Auf Bundesebene betrifft dies vor allem die Einbindung der Stadtentwicklungspolitik in das gesamt-

staatliche Handeln und die Weiterentwicklung von Förderprogrammen.

- Eine zeitlich begrenzte Projektreihe („Für Stadt und Urbanität“) soll das öffentliche Bewusstsein für Optionen der Stadtentwicklung schärfen, individuelle Handlungsmöglichkeiten in urbanen Handlungsfeldern aufzeigen und Räume für das Engagement von Bürgern und Wirtschaft öffnen. Sie soll auch auf die Partnerländer in der Europäischen Union ausstrahlen.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik versteht sich als öffentlicher Dialogprozess, der die Angelegenheiten des Städtischen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger verbessern soll. Als wichtigen Ausgangspunkt für eine breite und intensive Diskussion um die Belange der Stadtentwicklung hat im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eine Expertengruppe das Memorandum „Auf dem Weg zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ erarbeitet. Das Memorandum kann beim BBR als Sonderveröffentlichung bestellt werden und steht auch im Internet (www.bbr.bund.de/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen) zum Download bereit.

Im Anschluss an den Auftaktkongress werden weitere Veranstaltungen stattfinden, so z. B. ein „Nationaler Kongress zur Städtebauförderung“ am 13. November 2007 in Berlin. Erste Ergebnisse des Dialogprozesses der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, der Projektreihe „Für Stadt und Urbanität“, werden im April 2008 vorgestellt.

Projektaufruf

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik zielt auf neue Ideen und neues Engagement in der Praxis der Stadtentwicklung. Deshalb will sie „Projekte“ umsetzen: Projekte, die die Praxis der Stadtentwicklungspolitik in der Bundesrepublik anregen und verändern. Projekte, die eine öffentliche Diskussion über die Zukunft unserer Städte und Regionen auslösen können. Den Projektaufwurf finden Sie ebenfalls im Internet. Innovative Projekte können bis zum 15. Oktober 2007 beim BBR eingereicht werden. Ausgewählte Projekte können mit einer die Grundfinanzierung ergänzenden Förderung noch im Jahr 2007 ausgestattet werden.

Kontakt:

Dr. Peter Jakubowski
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
Tel.: 0228 99 – 401 22 43
Fax: 0228 99 – 401 22 60
E-Mail:
peter.jakubowski
@bbr.bund.de

Stephan Willinger
Referat II 3
Baukultur, Architektur,
Städtebau
Tel.: 0228 99 – 401 12 75
Fax: 0228 99 – 401 15 49
E-Mail:
stephan.willinger
@bbr.bund.de

Ankündigung

Nationaler Kongress zur Städtebauförderung von Bund, Ländern und Kommunen

13. November 2007, Berlin



Eine nationale Stadtentwicklungspolitik mit dem Ziel, die Städte und Gemeinden immer wieder an veränderte soziale, ökologische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen anzupassen, sieht sich sozusagen täglich mit neuen Chancen und Problemen konfrontiert. So verlangen die Folgen des demographischen Wandels, der zunehmenden Verflechtung der Weltwirtschaft, der Internationalisierung der Finanzmärkte, der fortschreitenden Integration Europas und selbstverständlich auch der Klimaveränderungen nach urbanen Antworten. Denn in unseren Städten konzentrieren und verstärken sich die Folgen dieser weltweiten Entwicklungen – und in den Städten liegen auch wesentliche Chancen, um mit diesen Herausforderungen positiv umzugehen.

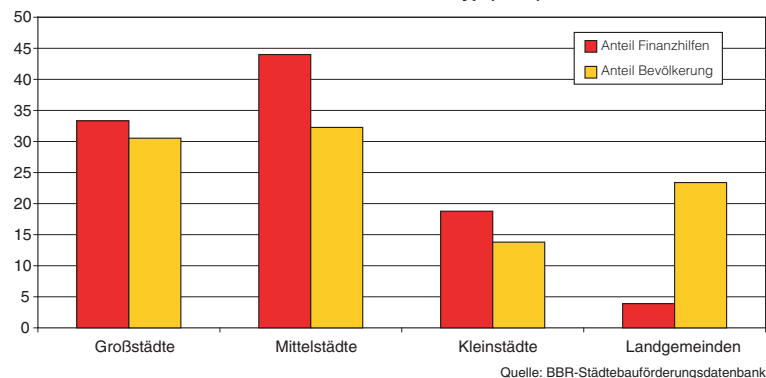
Vorrangig mit den Zielen, aufgelaufene Entwicklungsdefizite abzubauen, die soziale und ethnische Integrationskraft von Städten zu erhalten und diese zukunftsfähig zu machen, bringt die Bundesregierung bereits seit langer Zeit erhebliche Finanzmittel auf. Hervorzuheben sind hier insbesondere die Programme der Städtebauförderung. Mit der Städtebauförderung haben sich Bund, Länder und Gemeinden ein „multidimensionales Instrument“ geschaffen, das mehrere Politikbereiche, vor allem die der Strukturpolitik, der Sozialpolitik, der Infrastrukturpolitik und der Beschäftigungspolitik intelligent verbindet und räumlich koordiniert.

Das inzwischen traditionelle Programm „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ existiert seit 1971. Es wird seit 1991 durch das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz in den neuen Ländern“ und seit 1999 durch das bundesweite Programm „Soziale Stadt“ ergänzt. Im Rahmen der Sozialen Stadt gibt es neuerdings wesentliche Ergänzungsprogramme, vor allem die „Modellvorhaben“ und das so genannte ESF-Programm „Soziale Stadt“. 2002 startete die Bundesregierung das Programm „Stadtumbau Ost“. 2004 folgte der „Stadtumbau West“. 2008 wird das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ hinzutreten.

Mit diesen Programmen hat sich die Städtebauförderung stetig weiterentwickelt und sich an geänderte gesellschaftliche und

wirtschaftliche Notwendigkeiten angepasst. Parallel dazu hat sie im Laufe der Zeit einen vielseitigen „Instrumentenkoffer“ entwickelt, den Städte und Gemeinden je nach städtebaulicher Bedarfs- und Problemlage anwenden können; dazu gehören vor allem die Regelungen im Baugesetzbuch.

**Regionale Dimension der Städtebauförderung:
Bevölkerungs- und Städtebaufördermittelanteil in %
nach Stadt-/Gemeindetyp (2005)**



Mit der ersten Stufe der Föderalismusreform sind nun die grundgesetzlichen Regelungen zur Städtebauförderung neu gefasst worden. Deshalb ist die Städtebauförderung ab 2008 neu zu strukturieren.

Im Rahmen des Kongresses „Zukunft der Städtebauförderung“ sollen Fragen zu den Perspektiven der Förderansätze aufgerufen werden. Wo liegen die Bedarfsfelder der Zukunft – und wer formuliert sie? Im welchem Verhältnis stehen die Programme zur raumbezogenen Forschung? Sind die Verfahren und die Rahmenbedingungen der Städtebauförderung noch zeitgemäß? Wie können die Programme besser mit anderen öffentlichen und privaten Aktivitäten und Förderansätzen verknüpft werden? Was ist zu tun, wenn Förderprogramme gemäß der Föderalismusreform zeitlich begrenzt werden müssen? Und schließlich: Welche „Anschlussmöglichkeiten“ bieten die Förderprogramme für zivilgesellschaftliches Engagement und für eine verstärkte Einbeziehung der Wirtschaft?

Die Diskussion über die Zukunft der Städtebauförderung ist kein Thema allein für Fachleute und Experten. Will die Städtebauförderung „intelligent“ bleiben, muss sie die gesellschaftliche Diskussion suchen. Dafür will der Kongress eine Plattform bieten.

Anmeldeformalitäten und Kongressablauf werden demnächst unter www.bmvbs.de veröffentlicht. Die Konferenzteilnahme ist kostenlos.



Die Veröffentlichung ist kostenlos und kann bezogen werden unter dem Stichwort „Lebenswerte Innenstädte“ bei Sylvia Wicharz
E-Mail: sylvia.wicharz@bbr.bund.de

Sie ist als Online-Publikation im Internet abrufbar unter www.bbr.bund.de
>ExWoSt>Studien
>Lebenswerte Innenstädte>Ergebnisse

Lebenswerte Innenstädte – Initiativen, die bewegen! Gute Beispiele für Projekte und Initiativen der Innenstadtentwicklung

Innenstädte sind bedeutende Orte der Begegnung, des Austauschs und der Identifikation. Allerdings sind sie oft mit Funktionsverlusten, Brüchen in der räumlichen Struktur und der Stadtgestalt konfrontiert. Daher müssen solche Innenstädte und Zentren stabilisiert und mit neuem Leben gefüllt werden. Sie sind als Orte für Arbeit, Bildung, Wohnen und Freizeit, mit Raum für Handel und Kultur, für Aufenthalt und Begegnung weiterzuentwickeln.

Angesichts der Bedeutung der Innenstädte hatten BMVBS und BBR mit Unterstützung der Bauministerkonferenz des Bundes und der Länder, von Kommunal- und Fachverbänden dazu aufgerufen, Beispiele für lebenswerte Innenstädte zu benennen. Dabei standen die Handlungsschwerpunkte Einzelhandel, Standort- und Innenstadtmarketing, öffentlicher Raum, Kultur und Bildung sowie regionale Kooperation im Vordergrund. Die Resonanz auf den Projektauftrag ist bemerkenswert: Innenstadtakteure aus Städten unterschiedlicher Größe und Struktur aus dem gesamten Bundesgebiet haben über 180 Projektvorschläge eingereicht.

Insgesamt ist ein großes Spektrum an Lösungsansätzen für die Herausforderungen in den Innenstädten zusammen gekommen. So reichen die Projektthemen von Innenstadtentwicklungsfonds über Immobilien- und Standortgemeinschaften, Business Improvement Districts, die Aufwertung von City-Plätzen, einen akzeptierenden drogenpolitischen Ansatz als Weg zu mehr Sicherheit und Sauberkeit bis hin zu regionalen Einzelhandelskonzepten. Die dokumentierten Beispiele zeichnen sich dadurch aus, dass es sich um fachübergreifende und kooperative Ansätze verschiedener Innenstadtakteure handelt. Zugleich zeigen sie zukunftsweisen-

de Entwicklungsmöglichkeiten auf, die auch anderen Städten und Akteuren als Anregung dienen können. Die Innenstadtprojekte belegen, welche positive Wirkung konzentriertes Handeln von Bürgerschaft, Wirtschaft und öffentlicher Hand auslösen kann.



Foto: Stadt Bottrop

Im Mittelpunkt der Publikation stehen die 25 guten Beispiele. Sie sind nach Themenschwerpunkten gruppiert und in einheitlicher Struktur dargestellt. Darüber hinaus werden Suche und Auswahl der Projekte skizziert sowie übergreifende Erkenntnisse zusammengefasst. Die ausgewählten Innenstadtprojekte wurden auch im Rahmen des Bundeskongresses „Auf dem Weg zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ am 02.07.07 in Berlin ausgezeichnet.

Kontakt:

Bernd Breuer
Mechthild Renner
Referat I 2
Stadtentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 22 68
401 23 23
Fax: 0228 99 – 401 23 56
E-Mail:
bernd.breuer@bbr.bund.de
mechthild.renner@bbr.bund.de



Foto: Industrie- und Handelskammer Dortmund,
Matthias Stiller



Foto: FIRU

Städtebaulicher Denkmalschutz und Tourismusentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der UNESCO – Welterbestädte

Der Städtetourismus gewinnt an Bedeutung und hat sich zu einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor entwickelt. Über 30 % aller Reisen aus dem Ausland in die Bundesrepublik Deutschland sind klassische Städte- und Besichtigungstouren zu historischen Sehenswürdigkeiten. Das gilt in zunehmendem Maße für die neuen Länder. Diese Reisen betreffen nicht nur die Städte, die man heute als Wachstumskerne bezeichnet. Ihre Ziele sind ebenso die Städte und Orte in ländlich geprägten oder in peripheren Regionen.

Die neuen Länder zeigen, dass sich historisches Erbe gerade in solchen Regionen hervorragend für den Tourismus nutzen lässt, in denen andere Wirtschaftszweige eher schwach vertreten sind. Die Wiederherstellung der baulichen Substanz und des öffentlichen Raums, als eine Voraussetzung für den Tourismus, ist dabei vor allem ein Verdienst des Städtebauförderprogramms „Städtebaulicher Denkmalschutz“.

In der im Rahmen der Begleitforschung zum Städtebauförderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz beauftragten Studie sollten mögliche Zusammenhänge zwischen Städtebauförderung und Tourismusentwicklung identifiziert werden. Im Mittelpunkt der Betrachtung standen die Wirkungen von historischen Stadtkernen und UNESCO-Welterbestätten auf die Tourismusentwicklung.

Die möglichen Effekte des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz auf die Tourismusentwicklung sollten in zehn ausgewählten ostdeutschen Städten nachgewiesen werden: Stralsund, Wismar und Malchow in Mecklenburg-Vorpommern, Neuruppin und Potsdam in Brandenburg, Tangermünde und Quedlinburg in Sachsen-Anhalt, Görlitz und Zittau in Sachsen sowie Mühlhausen in Thüringen. In diesen Städten wurden Untersuchungen der Tourismusstrukturen und -entwicklungen, eine Analyse der Marketingaktivitäten und Internetauftritte der Städte, eine Gäste- und Unternehmensbefragung sowie Gespräche mit Planern, Denkmalschützern und Touristikern durchgeführt.

Infolge der Vielfalt individueller Strukturen und Einflüsse zeigt die Nachfrageentwicklung in den Referenzstädten – stellvertretend für alle Städte – nicht automatisch kon-

tinuierliche Zuwächse. Die positive Wirkung des Städtebaulichen Denkmalschutzes wird jedoch durchaus wahrgenommen, sowohl von den Gästen als auch von der Wirtschaft und der Bevölkerung. Allerdings konzentrieren sich die auch in handfesten Umsätzen messbaren Wirkungen in erster Linie auf den historischen Stadtkern sowie einzelne herausragende Gebäude.

Die Touristen nehmen die Erfolge der Stadtansanierung bewusst wahr und honorieren diese mit positiven Bewertungen und einer hohen Bedeutung auch im Hinblick auf eine konkrete Reiseentscheidung. Kritik entzündet sich kaum mehr an fehlender Sanierung, an Baulücken oder Leerständen, sondern weit überwiegend an grundlegenden touristischen Angebots- und Servicemängeln. Neben einer Reihe individueller Aktivitäten in den Städten ergibt sich daraus Handlungsbedarf vor allem in den Bereichen Innenmarketing, Stadtgestaltung, Stadtführungen und Außenmarketing.



Die Veröffentlichung ist kostenlos und kann unter dem Stichwort: Städtebaulicher Denkmalschutz bezogen werden bei: info-berlin@dwif.de



Die Studie wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), von der dwif-Consulting GmbH, Berlin bearbeitet.

Im Juni 2007 wurde der Endbericht des Forschungsvorhabens veröffentlicht.

Kontakt:

Ricarda Ruland
Referat II 3
Baukultur, Architektur,
Städtebau
Tel.: 0228 99 – 401 23 01
Fax: 0228 99 – 401 15 49
E-Mail:
ricarda.ruland
@bbr.bund.de

Stadtumbau bleibt eine Daueraufgabe

Der „Stadtumbau“ hat sich zur vielfältigen Daueraufgabe entwickelt. Das BBR bearbeitet in diversen Projekten die vielschichtigen Facetten des Stadtumbaus.



Stadtumbau-Ost

Im Stadtumbau-Ost wird der Abriss von leerstehenden Wohnungen weiter schwerpunktmäßig fortgesetzt. Die Länder melden Halbzeit bezüglich des quantitativen Abriss-Zieles. Die beiden Förderschwerpunkte Rückbau und Aufwertung wurden von ihnen sehr unterschiedlich gesetzt. Mittlerweile zeichnen sich eine Hinwendung zu den Altbauquartieren und eine Stärkung der Aufwertungsstrategien ab. Andererseits erweisen sich die vielfältigen Eigentümerstrukturen als komplizierter gegenüber den bisherigen Kooperationen mit großen Wohnungsunternehmen. In den Altbaugebieten liegen die Herausforderungen darin, einen angemessenen Ausgleich der Lasten und der Aufwertungen im Quartier zu erzielen. Der freiwillige Charakter der Stadtumbauverträge steht auf dem Prüfstand. Bewährt haben sich die städtebaulichen Entwicklungskonzepte als Handlungsrahmen für den Stadtumbau. Grundlage für die laufende Evaluierung des Programmbereichs bildet u.a. die „Zwischenbilanz 5 Jahre Stadtumbau Ost“. Weitere Informationen, insbesondere zur nächsten großen Veranstaltung mit dem Schwerpunktthema „Innerstädtischer Altbaubestand“, siehe unter: www.stadtumbau-ost.de.



Stadtumbau-West

Auch im ExWoSt-Forschungsfeld Stadtumbau-West konnte eine Bilanz für fünf Jahre gezogen werden. Die Abschlussveranstaltung im Juni in Essen machte deutlich, dass auch im Westen der Stadtumbau eine zunehmend wichtige Rolle für eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik spielt. Angesichts zu erwartender Bevölkerungsverluste eröffnet sich hier die Chance, von den Erfahrungen im Osten zu lernen, auch wenn ähnliche Entwicklungen nicht so dramatisch und flächendeckend zu erwarten sind. Besonders in den altindustriell geprägten Städten sind aber bereits vergleichbare Verhältnisse anzutreffen. Das Forschungsfeld wird zum Ende des Jahres abgeschlossen. Die gewonnenen Erfahrungen fließen in die zahlreichen Stadtumbauprojekte der Länder ein. Weitere Informationen unter: www.stadtumbauwest.de

Stadtquartiere im Umbruch

Das ExWoSt-Forschungsfeld hat die Zielgerade erreicht. Die fünf Modellvorhaben aus Ost und West schreiben aktuell an ihren Erfahrungsberichten. Im Mittelpunkt des Bundesinteresses stand die Frage, welche Konsequenzen sich durch den Stadtumbau für die Anpassung der technischen und sozialen Infrastruktur ergeben. Es interessieren Strategien, wie deren Leerstand oder Unterauslastung zu neuen Freiräumen und damit zu mehr Lebensqualität in den Stadtquartieren führen können. Die Abschlussveranstaltung findet am 15.11.2007 in Wuppertal statt. Zum Programm und zu weiteren Informationen aus dem Forschungsfeld siehe unter www.stadtquartiere-im-umbruch.de

Zwischennutzungen und Nischen

Die aktuelle Untersuchung baut auf der früheren Dokumentation „Zwischennutzung und neue Freiflächen“ im Rahmen von Aufbau-Ost auf. Hier wurden drei Dutzend Projekte beispielhaft vorgestellt. Insbesondere die praxiserprobten Instrumente, wie z. B. Gestattungsverträge und Zwischennutzungsbörse trugen zur Nachahmung bei. Die laufenden Recherchen in dem aktuellen Projekt beziehen sich auf Ost und West, auf Freiflächen und leere Gebäudehüllen. Die Untersuchung wird ein Praxishandbuch für den Umgang mit temporären Nutzungen bieten.

Renaturierung

Angesichts örtlich hoher Bevölkerungsverluste wird an vielen Standorten die Perspektive einer baulichen Nachnutzung immer unwahrscheinlicher. Die Kommunalumfrage im Programmbereich Stadtumbau-Ost hat ergeben, dass in 85 % der Fälle nicht von einer baulichen Anschlussnutzung ausgegangen wird. Wenn sich in diesen Fällen keine Chance für Zwischennutzung eröffnet, bleibt einzig die Perspektive einer konsequenten Renaturierung. Für die Stadtbewohner könnte es ein Gewinn sein, wenn mehr Grün in der Stadt mehr Lebensqualität offeriert. Dabei eröffnen sich grundsätzlich unterschiedliche Wege: naturnaher Stadtwald, öffentliche Grünanlage, Kleingartenanlagen im Privatbesitz, urbane Landwirtschaft oder verwilderte Stadtbrachen. Aktuell wird im BBR mit einer Untersuchung begonnen, unterschiedliche Projektansätze in der Praxis zu dokumentieren und aus den untersuchten Fallstudien eine Handreichung zur Nachahmung zu entwickeln.

Kontakt:

Dr. Manfred Fuhrich
Referat I 2
Stadtentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 22 65
Fax: 0228 99 – 401 23 56
E-Mail:
manfed.fuhrich@bbr.bund.de

BMVBS startet neues Modellvorhaben: „Demographischer Wandel – Zukunftsgestaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen“

projektplanung
OST
AUFBAU

Die Diskussion um die Sicherung der Daseinsvorsorge und die wirtschaftliche Fortentwicklung von ländlichen Regionen, die besonders von Bevölkerungsrückgang und -alterung betroffen sind, ist häufig durch resignative Töne geprägt. Fest steht sicherlich, dass diese Regionen auch von ihrer wirtschaftlichen Entwicklung her oft nicht so positive Ausgangsvoraussetzungen wie viele andere Regionen mitbringen. Deshalb benötigen sie partiell weiterhin Unterstützung.

Das neue Modellvorhaben möchte hier einen Beitrag leisten, in dem Programme und Initiativen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) räumlich konzentriert eingesetzt werden. Dies soll exemplarisch in zwei Regionen der neuen Länder geschehen. Denn dort werden aufgrund der demographischen Entwicklung vor allem peripher gelegene, häufig ländlich geprägte Regionen vor Herausforderungen für die Daseinsvorsorge gestellt, die in den alten Ländern – bei gleichbleibenden Trends – erst in einigen Jahren zum Tragen kommen.

Die Auswahl der beiden Modellregionen stützte sich auf einen vom BMVBS initiierten Teilnahmewettbewerb, an dem sich insgesamt sechs Regionen aus den neuen Ländern beteiligten. Als Entscheidungsgrundlage war dazu von den Regionen u. a. ein sog. „Demographisches Handlungskonzept“ zu erarbeiten. Es sollte sich in seinem Strategieansatz dadurch auszeichnen, die Chancen herauszustellen, die sich durch den demographischen Wandel ergeben. Zudem sollte es möglichst im Rahmen eines ganzheitlichen, auf die Potenziale der Regionen abgestimmten Konzepts, innovative Projektideen, Vorschläge für deren Vernetzung und Ansätze für die Einbeziehung möglicher Akteure benennen. Eine vom BMVBS im Vorfeld entwickelte Projektstruktur und festgelegte Aufgaben sollten dazu im Handlungskonzept berücksichtigt werden.

Am 20. Juli konnte der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Bundesminister Wolfgang Tiefensee, das Ergebnis des Teilnahmewettbewerbs verkünden. Die beiden Modellregionen sind: die Region **Stettiner Haff** (Landkreise Ostvorpommern und Ücker-Randow) und **Südharz-Kyffhäuser** (Landkreise Mansfeld-Südharz und Kyffhäuserkreis).

Beide Modellregionen überzeugten durch zukunftsorientierte integrative Handlungskonzepte mit einer Vielfalt von Projektideen, die die Programme und Initiativen des BMVBS spiegeln und gute Realisierungschancen versprechen. Nach Gesprächen und Eindrücken einer Bereisung ist zudem auch die Handlungsbereitschaft und fachliche Kompetenz der wichtigsten Akteure in diesen Regionen hoch einzuschätzen – eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der demographischen Handlungskonzepte und damit den Erfolg des Modellvorhabens insgesamt.

Im Laufe des Augusts sind die konkreten Arbeiten zur Umsetzung der demographischen Handlungskonzepte in den beiden Modellregionen angelaufen. Um die zügige und effiziente Umsetzung des Modellvorhabens zu gewährleisten, wurde im BMVBS in der Abteilung Neue Länder (NL) eine Projektgruppe aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehrerer Abteilungen einschl. des BBR eingerichtet. Denn das Modellvorhaben verfolgt einen komplexen thematischen Ansatz, der, wie gesagt, die gezielte Bündelung von Programmen, Initiativen, Einzelprojekten usw. aus dem Geschäftsbereich des BMVBS in den beiden Modellregionen zum Ziel hat.

Das BBR nimmt zusammen mit dem BMVBS die fachliche/inhaltliche Steuerung des Modellvorhabens in den Modellregionen wahr. Vorrangig ist hier zunächst die Entwicklung einer an die regionalen Verhältnisse angepassten Aufbauorganisation sowie einer Ablauforganisation mit den wesentlichen Kommunikations- und Abstimmungsabläufen sowie Meilensteinen für die Umsetzungsphase der demographischen Handlungskonzepte. Bei seinen Aufgaben wird das BBR unterstützt von einer zwischenzeitlich beauftragten Projektassistenz (Auftragnehmer: Hochschule Neubrandenburg (HSNB)/Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF)).

Mit Auftaktworkshops in den beiden Modellregionen ist im September die Umsetzungsphase des Modellvorhabens gestartet.



Weitere Informationen zum Thema finden sich auf der Website des BMVBS:
www.bmvbs.de/beauftragter/-/1651/Chancen-der-Regionen-nutzen.htm

Kontakt:

Dr. Hans-Peter Gatzweiler
Abteilungsleiter I
Raumordnung und
Städtebau
Tel.: 0228 99 – 401 22 77
Fax: 0228 99 – 401 23 15
E-Mail:
hans-peter.gatzweiler@bbr.bund.de



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Fax: 0228 99 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 12,00 Euro (zzgl. Versand)

Die deutsche Ratspräsidentschaft – Impulse für die Stadt- und Raumentwicklungspolitik in Europa

Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8.2007

Das vorliegende IzR-Themenheft berichtet über die aktuelle Stadt- und Raumentwicklungspolitik in Europa, insbesondere die Territoriale Agenda der Europäischen Union (TA-EU) sowie die Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt (LC) und dazugehörige Hintergrunddokumente. Anlass ist das Treffen der für Stadtentwicklung und territorialen Zusammenhalt zuständigen Minister in Leipzig am 24./25. Mai 2007.

Nach einem einführenden Beitrag, der die Ziele und Hintergründe des Leipziger Ministertreffens ausführlich erläutert, werden die Themen in neun Fach-Beiträgen detaillierter diskutiert.

Europäische Integration und Kohäsion wird zunehmend auch ganz konkret als Integration des europäischen Raums, als Zusammenwachsen der europäischen Gebiete, der Städte und Regionen Europas gesehen. Dies zeigt sich in dem neuen Ziel des territorialen Zusammenhalts und der seit Beginn der 1990er Jahre etablierten Zusammenarbeit der Raumordnungsminister in europäischen Raumentwicklungsfragen. Die TA-EU entwickelt diesen Prozess weiter und markiert den Beginn eines neuen evidenzbasierten und partizipativen Verständnisses von europäischer Raumentwicklungspolitik.

Zur Evidenzbasis tragen die Karten zur Europäischen Raumentwicklung bei, die das BBR zur Illustration der sechs Prioritäten der TA-EU für das Leipziger Ministertreffen erarbeitet hat. Ein Heft-Beitrag beschreibt die Nutzung von territorialen Informationen vom EUREK zur TA-EU. Die Erfolge der europäischen Forschungszusammenarbeit (ESPON) werden sichtbar, ebenso auch der weitere Forschungsbedarf.

Transnationale Programme und Projekte können zur Umsetzung der TA-EU beitragen. Anhand einer Auswertung von INTERREG IIIB-Projekten wird gezeigt, dass die transnationale Zusammenarbeit in der Raumentwicklung das Potenzial hat, die in der TA-EU aufgezeigten Themen durch konkrete Projekte aufzugreifen.

Die folgenden Beiträge behandeln die europäische Stadtpolitik und zeigen gute Praxisbeispiele für die politische Bearbeitung benachteiligter Stadtteile auf. Integrierte Stadtentwicklungspolitik für benachteiligte

Quartiere hat in der EU unterschiedliche Ausprägungen. In Westeuropa dominieren umfassende Ansätze unter Einschluss sozialer und wirtschaftlicher Aspekte, in Mittel- und Osteuropa eher einzelne Projekte und städtebauliche Maßnahmen.

Seit 1990 haben die für Stadtentwicklung zuständigen Minister der europäischen Mitgliedstaaten zunehmend informell zusammengearbeitet und gemeinsame politische Forderungen und Leitlinien zur nachhaltigen Entwicklung der europäischen Städte formuliert. Die Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen entwickeln im gegenseitigen Lernprozess eine Politik für die Städte in Europa.

Organisatorische Fragen können der Schlüssel zum Erfolg von städtebaulichen Aufwertungsmaßnahmen sein. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung über die Erfolgsdeterminanten städtebaulicher Aufwertungsstrategien.

Kreative und erfolgreiche Ansätze zur Stärkung der lokalen Ökonomie in benachteiligten Stadtquartieren müssen nicht in den benachteiligten Gebieten selbst erfolgen, sondern können ihnen auch nutzen, wenn sie im Umfeld erfolgen und die positiven Effekte von dort ausstrahlen.

Der Beitrag kommunaler Verkehrsplanung zur Verbesserung der Lage benachteiligter Stadtgebiete wird häufig unterschätzt. Beispiele zeigen, wie sich mit einem integrierten Planungsansatz die Mobilität in den Stadtquartieren verbessern lässt, unter Beachtung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen nachhaltiger Verkehrsentwicklung.

Erfolgreiche integrierte Handlungskonzepte erfordern auch eine aktive Bildungs- und Ausbildungspolitik für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtquartieren. Ein Beitrag hierzu führt aus, welche Handlungsfelder hier für die Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen von zentraler Bedeutung sind.

Im Anhang des Heftes sind die in Leipzig verabschiedeten Papiere im Wortlaut dokumentiert.

Kontakt:

Dr. Karl Peter Schön
Referat I 3
Europäische Raum- und Stadtentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 23 29
Fax: 0228 99 – 401 22 60
E-Mail:
peter.schoen
@bbr.bund.de

Dr. Markus Eltges
Referat I 4
Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung
Tel.: 0228 99 – 401 23 38
Fax: 0228 99 – 401 23 46
E-Mail:
markus.eltges
@bbr.bund.de

Europa wächst zusammen – Transnationale Zusammenarbeit von Städten und Regionen

Bringing Europe together – Transnational cooperation of cities and regions

Karten zur europäischen Raumentwicklung

Maps on European territorial development

Am 25. Mai 2007 verabschiedeten die für Raumentwicklung zuständigen Minister der EU in Leipzig die Territoriale Agenda der Europäischen Union. Das BBR erstellte zur Unterfütterung der Aussagen der Territorialen Agenda zwei Hintergrundberichte, die den Ministern in Leipzig von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vorgelegt wurden. Diese beiden Berichte liegen nun – auf deutsch und auf englisch – in gedruckter Form vor und können beim BBR angefordert werden.

Der Bericht „Europa wächst zusammen – Transnationale Zusammenarbeit von Städten und Regionen“ befasst sich mit den Ergebnissen, Wirkungen und dem Nutzen der transnationalen Programme und Projekte. Denn die transnationale Zusammenarbeit der europäischen Städte und Regionen ist ein wichtiges Element der Förderung des territorialen Zusammenhalts. Die Europäische Union unterstützt mit Mitteln aus dem Europäischen Fond für Regionalentwicklung die Zusammenarbeit der europäischen Staaten und ihrer Städte und Regionen in transnationalen Programmräumen. Zehntausende von Akteuren und Hunderte Städte und Regionen sind so im Programmzeitraum 2000 bis 2006 Teile staatenübergreifender Netzwerke geworden, haben im Verbund die europäische Raumentwicklung gefördert und bereiten gemeinsam neue Entwicklungsprojekte vor.

Anhand konkreter Projektergebnisse wird der Beitrag transnationaler Kooperationen zur Umsetzung europäischer Raumentwicklungspolitik beispielhaft aufgezeigt. Dazu wurden mehrere hundert Projekte aus verschiedenen Kooperationsräumen analysiert. Die Beispiele konzentrieren sich auf die Kooperationsräume „Alpen“, „Mittel-europäischer, Adriatischer, Donau- und Südosteuropäischer Raum (CADSES)“, „Nordsee“, „Nordwesteuropa“ und „Ostsee“. Neben querschnittsorientierten Aspekten wird untersucht, inwieweit transnationale Raumentwicklungsprojekte bereits die Schwerpunkte der Territorialen Agenda der Europäischen Union aufgegriffen haben. Transnationale Zusammenarbeit erweist

sich als ein wichtiges Instrument zur Verwirklichung der Territorialen Agenda.

Die Karten zur Europäischen Raumentwicklung dienen der Illustration der sechs Prioritäten der Territorialen Agenda. Die Karten zielen darauf, einer breiteren Leserschaft in kurzer und verständlicher Form einen Einstieg in die räumlichen Strukturen und Entwicklungen in Europa zu geben.

Mit ausgewählten Visualisierungen versucht der Bericht, die regional unterschiedlichen Potentiale und die unterschiedlichen Stärken und Schwächen Europas und seiner Regionen und Städte darzustellen. Die Karten erläutern die grundlegenden Strukturen und Trends der europäischen Regionen und Städte anhand einer Vielzahl relevanter Themen und stellen die sechs Prioritäten der Territorialen Agenda in ihren regionalen Dimensionen dar. Regionale und städtische Strukturen und polyzentrische Entwicklungen werden aufgezeigt und Erreichbarkeiten und Zugang zu digitalen Kommunikationsinfrastrukturen dargestellt. Informationen zu technologischen und natürlichen Risiken, ökologischen Ressourcen und Kulturgütern runden das Spektrum der regionalen Informationen ab.

Den Abschluss der Kartensammlung bildet ein Ausblick auf die räumliche Zukunft Europas in Form von Szenarien. Basierend auf den Ergebnissen des ESPON-Programms werden potenzielle Wirtschaftstrends im Lichte von Kohäsion und Wettbewerbsfähigkeit betrachtet und das mögliche „Altern“ des Kontinents gezeigt. Die im vierten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPPC) veröffentlichten Ergebnisse des „Max-Planck-Instituts für Meteorologie“ in Hamburg verdeutlichen die zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels auf die europäischen Regionen.

Neben den Ergebnissen des ESPON-Forschungsnetzwerks stützen sich die Informationen auf Angaben des Europäischen Städtevergleichs, des Urban Audit, und auf die Laufende Raumbewachung Europa des BBR.



Die Veröffentlichungen sind kostenlos und können bezogen werden bei Beatrix Thul
E-Mail:
beatrix.thul
@bbr.bund.de

Kontakt:

Dr. Karl Peter Schön
Tel.: 0228 99 – 401 23 29

Brigitte Ahlke
Tel.: 0228 99 – 401 23 30
(federführend für den Bericht „Europa wächst zusammen“)

Volker Schmidt-Seiwert
Tel.: 0228 99 – 401 22 46
(federführend für den Bericht „Karten zur europäischen Raumentwicklung“)

Referat I 3
Europäische Raum- und Stadtentwicklung

E-Mail:
peter.schoen
@bbr.bund.de
brigitte.ahlke
@bbr.bund.de
volker.schmidt-seiwert
@bbr.bund.de



Die Veröffentlichung ist kostenlos und kann bezogen werden bei: silvia.becker@bbr.bund.de

Kontakt:

Dr. Steffen Maretzke
Referat I 4
Regionale Strukturpolitik
und Städtebauförderung
Tel.: 0228 99 – 401 23 26
Fax: 0228 99 – 401 23 46
E-Mail: steffen.maretzke@bbr.bund.de

Die demographische Entwicklung in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen

Forschungen, Heft 128

Eine noch relativ unerforschte Facette des demographischen Wandels sind dessen Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen. Um hier differenziertere Informationen zu erhalten, wurde im Rahmen des Forschungsprogramms „Aufbau Ost“ des BMVBS und des BBR dieses Projekt initiiert.

Auf Basis der kommunalen Jahresrechnungen quantifiziert diese Studie beispielhaft für das Land Brandenburg vorhandene Remanenzkosten für 87 abgegrenzte kommunale Aufgabenbereiche und eröffnet so erstmals einen differenzierten Einblick in die Demographie-Sensibilität der Kommunal- und Kreishaushalte. Diese Remanenzkosteneffekte wurden im Weiteren mit einer regionalisierten Bevölkerungsprognose zusammengeführt, so dass die Folgen des demographischen Wandels für die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung ausgewählter Kreise/Kommunen bis 2020 simuliert werden können. Im Ergebnis zeigt sich, dass

- drei von vier Kreisen infolge der demographischen Entwicklung bis 2020 leicht steigende Ausgabenüberschüsse realisieren werden;
- nicht nur Schrumpfungsräumen, sondern auch Regionen mit günstigerer Bevölkerungsentwicklung steigende Ausgabenüberschüsse aufweisen können.

Auf der Grundlage mehrerer Szenarien, die die Auswirkungen unterschiedlicher Anpassungsreaktionen/Entwicklungen auf die öffentlichen Finanzen modellieren, werden mögliche Handlungsspielräume der Kreise/Kommunen zur Stabilisierung ihrer Finanzhaushalte aufgezeigt. In Reflektion dieser Ergebnisse werden wichtige Handlungserfordernisse formuliert, die im Weiteren durch konkrete Handlungsempfehlungen für die Kommunen, das Land und den Bund unterlegt werden.



Die Veröffentlichung ist kostenlos und kann bezogen werden unter: forschung.wohnen@bbr.bund.de

Kontakt:

Wolfgang Neußer
Referat II 11
Wohnungs- und Immobilienmarkt
Tel.: 0228 99 – 401 12 81
Fax: 0228 99 – 401 12 19
E-Mail: wolfgang.neusser@bbr.bund.de

Investitionsprozesse im Wohnungsbestand – Private Vermieter im Mehrfamilienhausbereich

Forschungen, Heft 129

Als Auftakt einer Reihe von drei als Pilotstudien zum Aufbau eines Wohnungsbestandspanels initiierten Projekten zu Investitionsprozessen im Wohnungsbestand konnte zum Jahresanfang dieser erste Betrachtungsschwerpunkt abgeschlossen werden. Die anteilig größte aber empirisch äußerst schwierig zu identifizierende Gruppe der privaten Vermieter wurde auf Basis vordefinierter Wohnungsmarkttypen in den Städten Frankfurt a.M., Essen, Osnabrück, Celle, Dresden und Köthen zur Investitionstätigkeit in ihre Bestände (bis Baujahr 1990) innerhalb des Zeitraums 2002 bis 2006 befragt. Vorgelagert wurde eine umfassende Sekundärdatenanalyse durchgeführt.

Etwa 60 % der tatsächlich durchgeführten Bestandsmaßnahmen konzentrierte sich demnach auf den Werterhalt von Wohnungen und Gebäuden (Erneuerung von Sanitäranlagen, Fußbodensanierung, Fassaden- und Dacherneuerung), während etwa ein Drittel der energetischen Sanierungsdiensten (Erneuerung der Heizquelle, Austausch von Fenstern usw.).

Die Finanzierung der Bestandsinvestitionen erfolgte zu über 60 % aus Eigenmitteln. Fördermittel deckten durchschnittlich rund 10 % des Investitionsvolumens ab, wobei der Anteil in Ostdeutschland mit ca. 28 % deutlich höher lag als in Westdeutschland (ca. 7 %). Die Befragungen ergaben weiterhin, dass im Vergleich zu westdeutschen Städten in Ostdeutschland weitaus mehr Mietobjekte nicht kostendeckend bewirtschaftet werden (West: 15 %, Ost: 40 %). Damit korrespondierend werden die Renditechancen von den privaten Vermietern gegenwärtig eher pessimistisch beurteilt. Zugleich ist für den Zeitraum bis 2010 eine verhalten optimistische Erwartungshaltung zu erkennen.

Über 90 % der Gebäude sind bereits mit wärmegeprägten Fenstern und rd. 86 % mit einer modernen Heizungsanlage ausgestattet. Insbesondere bei der Wärmedämmung von Dach, Fassade und Kellerdecke schneiden ostdeutsche Gebäude deutlich besser ab. Rund 68 % von ihnen verfügen z. B. über ein wärmegeprägtes Dach, gegenüber 43 % in Westdeutschland.

EUROPOLIS

Stadterneuerung und gesteuerte Stadtentwicklung

Begleitung und Auswertung des INTERREG IIB-Projektes aus deutscher Sicht

Werkstatt: Praxis, Heft 50

EUROPOLIS war ein INTERREG IIB Projekt im Kooperationsraum Nordwesteuropa (NWE). Im Mittelpunkt des nunmehr abgeschlossenen Projektes stand der Erfahrungsaustausch zwischen (Mittel-)Städten und regionalen wie nationalen Planungsbehörden zu aktuellen städtebaulichen und planerischen Handlungsanforderungen. Durch die enge Zusammenarbeit lokaler, regionaler und nationaler Akteure sollte zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beigetragen und der transnationale, staatliche Ebenen übergreifende Erfahrungsaustausch intensiviert werden.

An dem Projekt nahmen 14 Partner teil. Federführender Partner war die Generaldirektion Städtebau und Wohnungswesen (Direction Générale de l'Urbanisme, de l'Habitat et de la Construction: DGUHC) des französischen Infrastrukturministeriums. Deutsche Projektpartner waren neben BMVBS/BBR die Städte Freiburg, Ludwigshafen und Saarbrücken sowie das Ministerium des Inneren Rheinland-Pfalz und das Ministerium für Umwelt des Saarlandes. Weitere Partnerstädte waren Brest und Rennes aus Frankreich, Charleroi und Mons aus Belgien sowie Norwich und Nottingham aus dem Vereinigten Königreich.

Durch die gemeinsame Arbeit an aktuellen Planungsaufgaben in den beteiligten Kommunen sollten Verfahren, Instrumente, Entwicklungsstrategien und rechtliche Regelungen zielgerichtet thematisiert werden, um übertragbare innovative Ansätze zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu identifizieren. Ferner sollte mit EUROPOLIS der Grundstein für eine Aktionsplattform europäischer Mittelstädte gelegt werden.

Ausgehend von vorherrschenden Problemlagen der beteiligten Städte wurden in der Vorbereitungsphase des Projektes vier zentrale Themenfelder für die Projektdurchführung identifiziert, nach denen die inhaltliche Projektorganisation erfolgte:

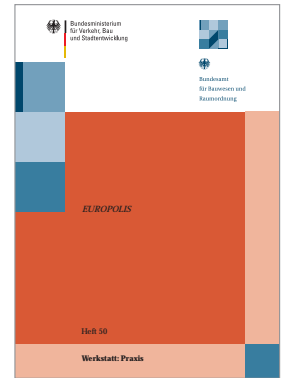
- Steuerung der Siedlungsentwicklung und Innenstadtentwicklung
- Steuerung der Einzelhandelsentwicklung in der Stadt

- Soziale Aspekte in der Stadterneuerung
- Stadtentwicklung und Umwelt (Mobilität und Energie)

Innerhalb dieser vier Themenbereiche wurden im Rahmen von „Ateliers“ und sog. „Audits“ unterschiedliche Instrumente, Verfahren und Strategien zwischen allen Partnern diskutiert. Während in den Ateliers anhand einer konkreten städtebaulichen Aufgabenstellung vor Ort umfassend die stadtentwicklungspolitischen Ansatzpunkte und Instrumente zwischen den Projektpartnern diskutiert wurden, dienten die „Audits“ der kompakten Aufbereitung von ausgewählten Planungsaufgaben unter Hinzuziehung von Experten. Im Rahmen einer sog. Kapitalisierungsphase wurden die erarbeiteten Projektergebnisse von den Vertretern der Planungsbehörden vergleichend geprüft und auf Ähnlichkeit, Übertragbarkeit und Innovationspotenziale hin untersucht.

Die Projektergebnisse, einschließlich eines Glossars und einer „Toolbox“ sind von der DGUHC auf CD-Rom dokumentiert worden, die vom BBR bezogen werden kann.

Anders als diese Gesamtbetrachtung wird im vorliegenden Werkstatt: Praxis Heft eine Einordnung und Beurteilung der Projektergebnisse aus deutscher Perspektive vorgenommen. In drei Eingangskapiteln werden das Projekt und seine Konzeption, die Planungssysteme der jeweiligen Länder und die spezifischen Herausforderungen der Mittelstädte dargestellt. In den zwei Hauptkapiteln werden die Handlungsfelder und die Instrumente im Detail vorgestellt. Diese Kapitel liefern einen detailreichen Überblick zu den verschiedenen im Projekt behandelten Planungsansätzen. Zudem werden für die ausgewählten Planungsaufgaben die eingesetzten Instrumente erläutert. Im Einzelnen wird dabei auf die Zielsetzung, den Rechtscharakter, die Funktionsweise und die beteiligten Akteure eingegangen. Ferner werden die vorgestellten Instrumente einer Bewertung aus deutscher Sicht unterzogen. Vor dem Hintergrund der Projektergebnisse werden schließlich Strategien zukünftiger europäischer Stadtentwicklungspolitiken diskutiert und Handlungsoptionen aufgezeigt.



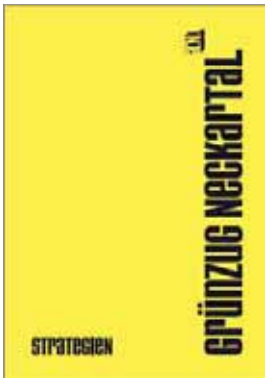
Die Veröffentlichung ist kostenlos und kann bezogen werden bei Silvia Becker
E-Mail: silvia.becker@bbr.bund.de

Kontakt:

Jürgen Götdecke-Stellmann
Referat I 4
Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung
Tel.: 0228 99 – 401 22 61
Fax: 0228 99 – 401 23 46
E-Mail: juergen.goeddecke@bbr.bund.de



MORO



Die Veröffentlichung ist kostenlos und kann bezogen werden bei Gabriele Bohm

E-Mail:
gabriele.bohm
@bbr.bund.de

Sie ist als Online-Publikation im Internet abrufbar unter
www.bbr.bund.de/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen

Kontakt:

Gisela Beckmann
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
Tel.: 0228 99 – 401 23 05
Fax: 0228 99 – 401 22 60
E-Mail:
gisela.beckmann
@bbr.bund.de

Gina Siegel
Referat SW 15
Bundesministerium für
Verkehr, Bau und Stadt-
entwicklung
Invalidenstraße 44
10115 Berlin
Tel.: 030 18 – 300 61 51
Fax: 030 18 – 3008076151
E-Mail:
gina.siegel
@bmvbs.bund.de

Grünzug Neckartal – Strategien

Flussgebiete werden seit jeher als Siedlungs- und Wirtschaftsräume genutzt. Infolgedessen wurden die ursprünglichen Flusslandschaften teilweise stark umgestaltet und überbaut, häufig mit ästhetisch und ökologisch negativen Folgen. Das Projekt „Grünzug Neckartal“ folgt daher dem Leitgedanken, die urbane, stark industrialisierte Flusslandschaft entlang des mittleren Neckars wieder attraktiver zu gestalten und als Arbeits- und Wohnstandort, Naherholungsgebiet und Naturraum aufzuwerten. „Grünzug Neckartal“ gehört zum Forschungsprogramm „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO) von BMVBS und BBR und startete als eine Initiative zur Zusammenführung von annähernd 60 Einzelentwicklungsmaßnahmen zur qualitativen Verbesserung der bedeutsamen Wirtschaftsregion entlang des mittleren Neckars im Großraum Stuttgart.

Betoniertes Neckarufer



Quelle: Peter Geitz, Stuttgart

Bisher sind zwei MORO-Projekte im Rahmen von „Grünzug Neckartal“ durchgeführt worden. Zunächst wurden die verschiedenen, bei den Kommunen und der Regionalplanung bereits vorliegenden, jedoch bisher nicht umgesetzten Planungsvorhaben einheitlich zusammengestellt und in der Broschüre „Grünzug Neckartal“ vorgestellt. Im Folgeprojekt „Strategien“ wurde ein übergeordnetes Konzept erarbeitet, das den Fluss in den Mittelpunkt eines zurück zu gewinnenden Lebens- und Kulturräum stellt und den Einzelmaßnahmen in einem zusammenhängenden Ganzen Orien-

tierung verschafft. Maßgebend für dieses übergeordnete Konzept sind der raumordnungspolitische Handlungsrahmen der Bundesraumordnung mit seinem Leitbild „Ressourcen sichern und Kulturlandschaft gestalten“ und die damit verbundenen Handlungsstrategien für die Raumentwicklung sowie die Handlungsempfehlungen der Flussgebietskonferenz von 2005.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind vielfältig und umfassen Konzepte zur Uferumgestaltung unter Berücksichtigung der Belange von Gewässerökologie und Hochwasserschutz ebenso wie Pläne für Grünanlagen, für die Verbesserung der Aufenthalts- und Erholungsqualität oder für den Bau von Rad- oder Fußgängerbrücken. Dabei tangieren viele Maßnahmen die Sanierung und den Ausbau des Neckars, für die der Bund im Rahmen seiner Zuständigkeit für Bundeswasserstraßen verantwortlich ist.

Renaturiertes Neckarufer



Quelle: Allianz Umweltstiftung

Beim Projekt „Grünzug Neckartal“ spielt bürgerschaftliches Engagement eine herausragende Rolle, nicht zuletzt, weil entscheidende Aktivitäten – u. a. die Gründung einer Stiftung – durch das Architektenpaar Hermann Grub und Petra Lejeune-Grub initiiert und maßgeblich getragen werden. Als Modellvorhaben der Raumordnung steht Grünzug Neckartal exemplarisch für andere, vergleichbar intensiv genutzte, urbane Flusslandschaften sowie für Möglichkeiten ihrer landschaftlichen Aufwertung. Beispiele dafür zeigt die neue Broschüre „Grünzug Neckartal-Strategien“, die nun vorliegt. Für die Zukunft sind im Rahmen von MORO weitere Schritte zur Förderung der Umsetzung von „Grünzug Neckartal“ geplant.

In eigener Sache: Online-Publikationen und Downloads – Verfügbarkeiten und Zitierfähigkeit – Bibliotheken-Newsletter

Forschungsergebnisse sollen breit zugänglich und schnell verfügbar sein und – wenn möglich – nichts kosten. Diesen Anforderungen kommt das BBR mit der Schriftenreihe „BBR-Online-Publikationen“ und Downloads von Printpublikationen sowie ihrer Archivierung bei der Deutschen Nationalbibliothek entgegen.

Den steigenden Ansprüchen nach breiter Zugänglichkeit zu Informationen kommt das BBR schon länger nach: seit 2006 ist der überwiegende Teil der Publikationen des BBR kostenfrei. Zeitgleich mit dem Erscheinen werden sie als Downloads auf die BBR-Homepage gestellt.

Auf die steigenden Ansprüche an Aktualität reagierte das BBR mit einem deutlich ausgebauten Internetauftritt und mit der Schriftenreihe „BBR-Online-Publikationen“. Neben der Aktualität hat das e-publishing weitere Vorteile. Ergebnisse können auch für kleine Interessensgruppen veröffentlicht

werden. Generell ergeben sich erhebliche Kostenvorteile für den Herausgeber und damit auch für die Steuerzahler.

In den letzten Monaten hat das BBR die bisherigen Defizite der Schriftenreihe „BBR-Online-Publikationen“ und Downloads seiner Printpublikationen angegangen. Die dauerhafte Verfügbarkeit und damit Zitierfähigkeit ist durch die Registrierung mit einer URN-Nummer (Uniform Resource Name) und Archivierung bei der Deutschen Nationalbibliothek gesichert. Ihre Verbreitung/Verfügbarkeit ist damit bei allen wesentlichen Bibliotheksverbänden gegeben.

Mit einem Bibliotheks-Newsletter wird das BBR zukünftig die relevanten Universitäts-/Fachbibliotheken über aktuelle Publikationen informieren. Für die Aufnahme in die Kataloge wird bei kostenfreien Publikationen der Archivlink zur Deutschen Nationalbibliothek angegeben werden.

Falls Sie den Bibliotheken-Newsletter wünschen, bitte E-Mail an: Bibliotheken-NL@bbr.bund.de

Neue Ausgaben der Schriftenreihe „BBR-Online-Publikationen“ finden Sie in der Rubrik **Veröffentlichungen**.

Im Zusammenhang mit der Deutschen Ratspräsidentschaft sind erschienen jeweils in **deutsch, englisch und französisch**:

- 02/2007: Stärkung der lokalen Ökonomie und der lokalen Arbeitsmarktpolitik in benachteiligten Stadtquartieren
- 05/2007: Städtebauliche Aufwertungsstrategien in benachteiligten Stadtquartieren
- 08/2007: Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbilanz einer nachhaltigen Stadt
- 11/2007: Nachhaltiger Stadtverkehr und benachteiligte Stadtquartiere
- 14/2007: Aktive Bildungs- und Ausbildungspolitik für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtquartieren – gute Praxisbeispiele in Europa

Weitere *BBR-Online-Publikationen*, die im Juli / August 2007 erschienen sind:

- 17/2007: Konzeption zur Sanierung und Modernisierung eines Wohngebäudes in Plattenbauweise in St. Petersburg
- 18/2007: Regionale Kulturlandschaftsgestaltung – Neue Entwicklungsansätze und Handlungsoptionen für die Raumordnung
- 19/2007: Kompetenzen und Aufgaben der Raumordnung in der Gestaltung von Kulturlandschaften



Kontakt:

Dr. Karin Veith
Referat I 7
Wissenschaftliche
Dienste
Tel.: 0228 99 – 401 22 97
Fax: 0228 99 – 401 22 82
E-Mail:
karin.veith@bbr.bund.de

Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag

Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31 - 37, 53179 Bonn
Telefon: 0228 99 - 401 - 0
Telefax: 0228 99 - 401 - 22 66
Web: www.bbr.bund.de

Selbstverlag des BBR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

G 7718 F

Verantwortlich

Wendelin Strubelt, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

Redaktionelle Bearbeitung

Gabriele Bockshecker

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Die Informationen aus der Forschung des BBR erscheinen
in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr.

Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBR 4/2007 – September

ISSN 1434 – 9590



Neues aus der Forschung – www.bbr.bund.de

Neue Ressortforschungsprojekte finden Sie in der Rubrik **Forschungsprogramme** unter:

Allgemeine Ressortforschung / Bereich Wohnungswesen

- Stadttrendite durch kommunale Wohnungsunternehmen

ExWoSt-Studien

- Bestandsmonitoring zur dauerhaften Beobachtung von Investitionsprozessen im Wohnungsbestand unter besonderer Berücksichtigung der 70er und 80er Jahre – Bestände
- Kommunale Konzepte: Wohnen

Neue Themen finden Sie in der Rubrik **Forschen und Beraten** unter:

Stadtentwicklung / Städtentwicklung in Deutschland / Städtebauförderung / Stadtumbau Ost / Forschungsprojekte

- Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost

Auf der englischen Internetseite werden Forschungsprojekte erst nach Abschluss veröffentlicht.

Sie finden diese bei „**News and Dates**“ unter „**Current internet articles from the scientific field**“.

Neu im Netz sind:

- The formal and effective incidence of federal funds
- Structural data in the building sector 2006
- Municipal housing supply concepts
- Investigation of investment processes in housing stock
- The contribution of technology transfer to the development of regional innovation potentials in East Germany
- Changes in the supplier structure in the German housing market and housing policy implications
- Social Indicators of Sustainable Building
- Metropolitan Regions – Opportunities for Regional Development through Polycentricism and Regional Cooperation
- Analysis of the impacts, benefit and implementation of INTERREG III B projects

Downloads zu aktuell erschienenen Publikationen finden Sie in der Rubrik **Neues/Termine** unter **Veröffentlichungen**.

Alle **Veranstaltungen** finden Sie in der Rubrik **Neues/Termine** unter **Veranstaltungen wissenschaftlicher Bereich**.

Kontakt:

Dr. Karin Veith
Referat I 7
Wissenschaftliche Dienste
Tel.: 0228 99 – 401 22 97
Fax: 0228 99 – 401 22 82
E-Mail:
karin.veith
@bbr.bund.de